

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Henhold.
Für die Inserate verantwortlich:
Richard Kupfer.
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag
Gebrüder Benthner
(Inh.: Paul Benthner)
in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1,50 M. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1,92 M. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungs-Katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Inserationspreis: Die beidseitige Korpusspaltweite oder deren Raum 10 Pfg., Resten 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten
Hübscher liegt das achtbändige illustrierte Sonntagsblatt bei.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Bloß ist gestern für ganz Baden perfekt geworden.

General Saletta, Chef des italienischen Generalstabes, hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung gegeben.

Karlistische und liberale Elemente haben für morgen eine große Kundgebung in San Sebastian organisiert.

Kaisuli ist nunmehr als Pascha von Tanager abgesetzt worden. Er rüstet indessen zum Widerstand in Sinau.

Die russische Regierung steht mit englischen und französischen Bankmajors wegen Aufnahme einer Anleihe in Höhe von einer Milliarde Rubel in Verhandlung.

* Näheres siehe unten.

Politischer Wochen-Blick.

Das Weihnachtsfest ist verhallt, und die Tagespolitik tritt wieder in ihre Rechte. Natürlich ist es nach wie vor die Wahlbewegung, die im Vordergrund des Interesses steht, ja augenblicklich haben wir überhaupt keine andere innerpolitische Frage, die uns irgend wie interessieren würde. Aber vorläufig ist die Zukunft noch in Dunkel gehüllt, und wer vermag es heute voraus zu sagen, welchen Ausgang die Neuwahlen nehmen werden. Es gilt fast keinen Wahlfreies, in dem nicht eine ganze Anzahl von Kandidaten aufgeführt wird, und ganz vergebens sucht man nach einer Wahlparole, die auf die bürgerlichen Parteien eine größere Anziehungskraft auszuüben vermöchte. Dazu kommt noch, daß die Kolonialpolitik der Reichsregierung, um deren Willen der Reichstag auseinander ging, wurde, ein neues Risiko erlitten hat und zwar diesmal nicht durch eine Mißbilligung, sondern durch eine Freudenkunde aus Teutsch-Südwestafrika. Niemand kann heute mehr leugnen, daß die freiwillige Unterwerfung der Bondelwarts mit dem harten Festhalten an den Nachtragsoct der Kolonialverwaltung nicht gut in Einklang zu bringen ist, und die Mehrheit des Reichstages in ihrem ablehnenden Verhalten nunmehr gerechtfertigt erscheint. So erfreut man in der Wilhelmstraße über die Weihnachtsbotschaft aus Südwestafrika noch vor einem Monate gewesen wäre, so unangelegentlich kommt sie jetzt, wo man Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um die Reichstagsauflösung zu rechtfertigen. Es ist deshalb gewiß kein leeres Gerede, wenn man in politischen Kreisen die Position des Fürsten Bülow sowie des Kolonialdirektors Dernburg als gerade keine sehr angenehme betrachtet, und vielfach der Meinung Ausdruck gibt, daß die Tage

der beiden gezählt sind, falls es nicht gelingen sollte, eine Zentrumfreie Kolonialmehrheit zu schaffen. Aber die Hoffnungen auf ein solches Wunder sind wahrlich herzlich gering, und sie erscheinen umso schwächer, als die Konservativen und das Zentrum einander schnell wieder gefunden und die alte Freundschaft erneuert haben. Es mühte denn auch schon einer ein politischer Phantast sein, um sich der Illusion hinzugeben, daß die Konservativen Arm in Arm mit den liberalen Elementen das Zentrum in die Schranken jorden würden! Das Zentrum und die Konservativen haben bisher so schön an einem Strange gezogen, und so einträchtig denselben Ziele zugestrebt, daß sie wahrlich keine Zeit haben können, diese erfolgreiche Waffenbrüderschaft den schönen Augen des Fürsten Bülow zuliebe aufzugeben. Webrigens war es ja niemand anders als der gegenwärtige Reichskanzler selbst, der dieses Bündnis zustande brachte und halbwegs einsegnete, und Dankbarkeit ist bekanntlich ein seltenes Gewächs, das am aller schlechtesten auf dem dünnen Boden der Tagespolitik gedeiht. Wir fürchten also sehr, daß mit dem neuen Reichstage auch ein neuer Mann in das Kanzlerpalais einziehen werde, der dort den Baden wieder zusammenknüpfen wird, wo er von seinem Vorgänger am 13. Dezember höchst unklarer Weise abgerufen wurde. Wieder einmal taucht der Schatten des großen weißen Mannes auf, und man erinnert sich, daß Fürst Bismarck einmal bei einer Kritik der Persönlichkeit des Habsburgers Joze II. die Politik mit der Entenjagd verglichen hat: Man dürfe niemals den zweiten Schritt tun, bevor man nicht den ersten getan hat! Fürst Bülow aber begibt diesen Fehler, indem er den Reichstag auflöst, ohne sich vorher die Gewähr zu verschaffen, aus den Neuwahlen eine Zentrumfreie Majorität zu erhalten. Es soll uns freuen, wenn wir mit unerer Schwarzseherei hereinfallen, aber wie die Dinge jetzt liegen, wäre es töricht, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Das 25jährige Bischofsjubiläum, das am 27. Dezember der Kardinal Dr. Kopp in Breslau feierte, findet in ganz Deutschland ein sympathisches Echo, denn der Kirchenfürst ist ein deutscher Priester im besten Sinne des Wortes, der feinschwermütiges Amt stets mit außerordentlicher Delikatesse zu verwalten gewußt hat. Trotzdem er auch viele Pole in seinem Bistum zählt, hat er doch niemals die Interessen des Reiches geopfert. Wahrlich, wenn alle katholischen Priester in den gemischtsprachigen Provinzen von dem gleichen Geiste wie dieser Oberhirte befeelt wären, so wäre uns der polnische Schulstreik wohl erspart geblieben.

In der äußeren Politik ist in der letzten Zeit ein gewisser Stillstand eingetreten, und insbesondere die marokkanische Frage wurde um keinen Schritt ihrer Lösung näher geführt. Es scheint sogar, daß die Energie, die der Sultan mit der Abwendung einer verhältnismäßig starken Truppenmacht nach Tanger bebandelte, um den widerpenstigen Kaisuli zur Vermittlung zu bringen, den Franzosen und Spaniern einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Es wäre in der Tat ein gelungener Streich, wenn sich die scharifische Majestät haif genug zeigte, um selber Ordnung zu schaffen, denn dann könnte die französisch-spanische Escadre wieder heimzukehren mit dem Gefühl der blamierten Europäer. Diese Lösung wäre denkbar einfachste und würde den Interessen der anderen europäischen Mächte am besten entsprechen.

In England hat die Schulbill zu einer scharfen Zuspitzung der Gegensätze zwischen dem Ober- und Unterhaus geführt und die Position des liberalen Kabinetts nicht unbedenklich erschüttert. Im Frankreich begannen sich die Bombenwerfer wieder unheimlich zu regen, mehrere politische Morde in den letzten Tagen bestätigten das. Was endlich die habsburgische Monarchie betrifft, so regelt die österreichische Reichshälfte frischen Wines in das unbekante Meer des allgemeinen und direkten Wahlrechtes hinaus und hofft, in das langerehnte Jahrwasser einer ruhigen politischen Entwicklung zu geraten. Wenn man sich in Wien in dieser Erwartung nur nicht täuscht!

Politische Tageschau.

Aue, 29. Dezember 1906.

Ausicht auf neue Steuern im Reich

eröffnet eine dem Reichshaushaltsetat für 1907 beigegebene Denkschrift, in der ein Fehlbetrag von 57 Millionen festgestellt wird, der durch die Stundung der Matrularbeiträge entstanden sein soll, wie sie im Reformgesetz vom 3. Juni 1906 für die über 24 Millionen hinausgehenden Beiträge vorgezeichnet ist. Die Denkschrift nimmt zu diesem Defizit folgendermaßen Stellung:

Die verbündeten Regierungen müssen sich eine entsprechende Entlastung durch nachträgliche Ergänzung der jüngst verabschiedeten Steuergesetze vorbehalten und glauben, hierbei auf das Entgegenkommen des Reichstages um so sicherer rechnen zu dürfen, als er bei der Beratung der Finanzreformvorlage auch seinerseits anerkannt hat, daß die bewilligten neuen Steuern zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalte nicht ausreichen.

Es ist uns allerdings nicht bekannt, daß der Reichstag irgend eine derartige moralische Verpflichtung auf sich genommen hätte. Daß der neue Reichstag sich gegenüber neuen Steuerprojekten der Regierung ebenso willfährig zeigen wird wie der alte, ist zweifelhaft, nachdem die neuen Steuern ihre Urheber mit Recht so unpopulär gemacht haben. Hoffentlich hatten jetzt die Wähler diesen Steuerkünstlern den gebührenden Dank ab, so daß sie keine Gelegenheit haben, ihre verhängnisvolle Tätigkeit von neuem aufzunehmen. Denn es wird nicht so sehr von wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen abhängen, welcher Art die neuen Steuern sein werden, als von der Zusammensetzung der neuen Volkvertretung. Kehrt die jetzige reaktionäre Mehrheit wieder, so darf mit ziemlicher Sicherheit gerechnet werden, daß eine neue Belastung der Massenkonsumartikel und eine weitere Vermehrung der indirekten Steuern stattfindet.

Die Unterwerfung der Bondelwarts.

Die Bondelwarts waren es, die vor mehr als drei Jahren die Aufstände begannen. Sie nahmen das Grenzgebiet ein, kammten die Schlupfwinkel in dem Gebirgslande am besten und hatten fortdauernde Verbindung mit den Hottentotten im britischen Klein-Namalande. Ihnen war der Schmuggel von Waffen und Munition schon sehr geläufig, so daß sie ihn mit Leichtigkeit fortsetzen konnten. Die Bondelwarts waren einer der stärksten Hottentottenstämme, was schon daraus hervorgeht, daß sich jetzt 200 Mann ergeben haben, denen mehr als 120 Ge-

Das politische Jahr 1906.

(V.) (Nachdruck verboten.)

Eine Konferenz der Grubenarbeiterdelegierten und der Grubenvertreter fand im Arbeitsministerium statt, ohne indessen zu einer Einigung zu führen, hauptsächlich deshalb, weil sich die Arbeiter selber nicht einig waren. Das sogenannte alte Syndikat unter dem sozialistischen Abgeordneten Wasly verlangte einen Tageslohn von 7,10 Frcs., das neue Syndikat unter dem Arbeiterführer Boutoux 8 Frcs. für achtstündige Arbeitszeit und 2 Frcs. für jede Ueberstunde. Die Gesellschaften blieben auf ihrem Satz von 6,50 Frcs. stehen, es kam somit nicht zu einer Einigung und am 21. März traten 80 000 Arbeiter in den Ausstand. Ein auf acht Tage später eingeleitetes Referendum der Arbeiter sprach sich mit 32 520 gegen 18 074 Stimmen für die Fortdauer des Ausstandes aus. Die Minister Clemenceau und Barthou boten vergebens ihre Vermittelungen an, versprachen aber andererseits den Ausständigen, sie würden keine Truppen in das Ausstandsgebiet senden, so lange die Ruhe nicht gestört wurde. Wir wollen gleich hier bemerken, daß Ruhestörungen nicht lange auf sich warten ließen. Die Regierung mußte schließlich doch Truppen senden und am Ende sogar die Haupttrüdelosführer, darunter Boutoux, verhaften. Dann erst kam eine Einigung zustande. Die Niederlage Rowlers hatte in den Rationalisten übersehewegliche Hoffnungen auf die im Mai fälligen Kammerwahlen hervorgerufen. Unter Francois Coppé hatte sich eine Liga des katholischen Widerstandes gegen das Trennungsgesetz gebildet. Alles war vergeblich. Die Wahlen ergaben einen völligen Erfolg des radikalen Bloßes. Rationalisten und Konservative verloren 60 Sitze. Ein Umschlag war also nicht mehr zu erwarten und die Durchführung des Trennungsgesetzes nahm

rasch ihren Fortgang, ohne daß ihr jetzt noch ernstliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Das Kabinett hatte sich jetzt auch mit anderen wichtigen Fragen zu beschäftigen, wie Abschaffung der Todesstrafe und Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung. Am meisten Aufsehen erregte aber die Aufhebung des Rennerer Kriegsgerichtsurteils gegen Dreyfus durch den Pariser Kassationshof, die am 12. Juli erfolgte. Die Kammer zog bereits am nächsten Tage ihre Konsequenzen daraus: Oberst Picquart wurde als Brigadegeneral, Major Dreyfus als Hauptmann und Estadronchef wieder in das aktive Heer eingestellt. Royalisten, Legitimisten und Nationalisten tobten, aber es half ihnen nicht mehr. Die Verhältnisse hatten sich gründlich geändert. Erwünschte Abwendung haben der Konflikt mit der Türkei wegen der Besetzung der Dase Dschanet im Hinterlande von Tripolis, noch mehr aber die sich zuspitzenden Verhältnisse in Marokko. Hier hatte ein Stammeshauptling namens Kaisuli sich zum Herrn der Lage in Tanger gemacht und den Sultan genötigt, ihn anzuerkennen. Es war demgemäß ein Zusammenstoß zwischen Kaisuli und dem Prätendenten Bu Hamara zu befürchten, der auch das spanische Territorium beeinflussen und seine Rückwirkung auf die marokkanischen Stämme überhaupt haben würde. Die Regierung traf daher längs der algerisch-marokkanischen Grenze alle gebotenen Vorsichtsmaßregeln und war dazu umsomehr verpflichtet, als Gerüchte von dem bevorstehen eines heiligen Krieges der Araber gegen die Weihen im Umlauf waren. Gestützt wurden diese Gerüchte durch zahlreiche Ueberfälle französischer Patrouillen in den Gebieten südöstlich von Marokko. Zwei ernste Unfälle veranlaßten eine Zeitlang die Aufmerksamkeit von der Politik abzulenken, die fürchtbare durch einen Blitzschlag herbeigeführte Explosion des Forts Montfaucon bei Besançon und

der Untergang des Unterseeboots „Lutin“ bei Brest, aber schon kam eine neue Sensation. Die Demission des Ministerpräsidenten Sarrien angeblich aus Gesundheitsgründen. Am 23. Dezember vollzog daher Clemenceau die Bildung des neuen Kabinetts, in dem Pichon das Kriegsministerium übernahm. Ob diese Wahl als besonders glücklich zu bezeichnen ist, muß die Zukunft lehren. Soviel steht fest, daß Clemenceau selbst alle Fäden der Regierung in der Hand behält. Auch nach der päpstlichen Enzyklika wird demnach in der inneren Politik alles beim alten bleiben. In der äußeren wird das Ministerium indessen alle Vorsicht walten lassen. Hier wurde nämlich durch Kaisuli eine neue Verwicklung geschaffen. Entgegen der allgemeinen Erwartung wandte sich dieser nämlich nicht Bu Hamara entgegen gegen Osten, sondern nach Westen und überfiel die Stadt Arzila, wo französische und spanische Interessen vertreten waren. Die von beiden Mächten alsbald entsandten Schiffe behandelte er als quantité négligeable, und seine Leute trugen auch keine Bedenken, ihnen in den Weg kommende französische Seeleute durchzuprügeln. In der ersten Hitze wollte Frankreich alsbald Truppen landen lassen. Mit Rücksicht auf die Abmachungen von Algiciras indessen, die noch keinem einzigen Parlament Europas bisher vorgelegt waren, überlegte man sich die Sache in Paris. Dazu kam, daß in Spanien eine Ministerkrisis die andere ablöste und die spanische Presse den König beschwor, in Marokko sich nicht die Finger zu verbrennen, da man nicht wisse was dabei herauskomme. Die Sachlage ist nun die: Beide Mächte möchten gern in Marokko zupacken, trauen sich aber nicht heran, weil sie vor der Verhandlung der Algiciras-Akte in den Parlamenten noch kein europäisches Mandat dazu haben.

Wir sind in unseren letzten Worten bereits nach Spanien gelangt und wollen nun auch über dieses Land, dem König